



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 25.02.2019

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020  
am Donnerstag, dem 31.01.2019, 16:00 Uhr bis 18:47 Uhr,  
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	stellvertretend für Frau Dresler-Graf
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	stellvertretend für Frau Welcker
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

**Beratende Mitglieder**

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

## **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Dezernat V-7 Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

## **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

## **Gäste**

Herr Björn Haibach	OB-4-2 Öffentlichkeitsbeteiligung
Herr Dieter Schöffmann	OB-4-2 Öffentlichkeitsbeteiligung externer Bereich, Kölner Freiwilligen Agentur für die Stadtgesellschaft
Herr Dipl.-Geogr. Ulrich Jansen	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH zu TOP C
Herr Dipl.-Ing. Andreas Hübner	Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft zu TOP C
Frau Franka Schinkel	Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen zu TOP 4.1.1
Herr Dr. Axel Spiess	Betriebsleiter für die Wassergewinnung RheinEnergie w. o
Frau Dr. Gunia-Hennecken	Amt für Stadtentwicklung und Statistik zu TOP 4.1.2 und 4.1.3
Frau Leonore Overberg	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR zu TOP 4.1.5
Herr Alexander Fritz	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR zu TOP 4.1.5
Frau Martina Hüser	Stadtplanungsamt zu TOP 5.1
Frau Anke Thurow	Stadtplanungsamt zu TOP 5.1

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Margret Dresler-Graf	CDU

## **Beratende Mitglieder**

Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen

Herr Matthias Pergande

FDP

Herr Viktor Grimm

auf Vorschlag der AfD-Fraktion

**Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Dr. Gerhard Haider

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Eugen Litvinov

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen<sup>1</sup> aufmerksam. Die Anfragen unter TOP 1.4, 1.5, 1.6, 1.10 und 1.11 im AUG werden in der nächsten Sitzung beantwortet. Die Beantwortung zur Anfrage unter TOP 1.8 erfolgt im Betriebsausschuss.

Herr Struwe weist auf den Start der Pilotphase der Öffentlichkeitsbeteiligung hin, die heute in der BV Nippes und im Ausschuss Umwelt und Grün Premiere habe. Zu erkennen sei dies an der veränderten Tagesordnung, die unter TOP 4.2.1 (European Energy Award) die erste Beschlussvorlage mit der Anlage Öffentlichkeitsbeteiligung enthalte. Als Vertreter des Büros für Öffentlichkeitsbeteiligung seien heute Herr Haibach und Herr Schöffmann anwesend, die sich gleich kurz vorstellen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau spricht von einem historischen Tag, da die Öffentlichkeitsbeteiligung heute im Ausschuss Umwelt und Grün starte. Nach den Kriterien käme die Beteiligung der Öffentlichkeit zur Beschlussvorlage zum European Energy Award unter TOP 4.2.1 in Frage. Leider sei jedoch genau dieser TOP aufgrund der Kurzfristigkeit des Programms ungeeignet, da die Förderung des Landes an bestimmte Fristen gebunden sei. Die Verwaltung habe daher beschlossen, in diesem Fall keine Öffentlichkeitsbeteiligung vorzusehen.

Herr Dr. Rau macht deutlich, dass er Öffentlichkeitsbeteiligung begrüße und wolle. Man werde in Zukunft die entsprechenden Beschlussvorlagen so langfristig planen, dass eine Nichtbeteiligung der Öffentlichkeit aus Zeitgründen nicht mehr vorkomme.

Anschließend stellen sich Herr Haibach und Herr Schöffmann vor, weisen auf die ausgelegten Flyer hin und umreißen kurz ihre Aufgaben. Sie informieren über die Zweiteilung der Öffentlichkeitsbeteiligung in einen Verwaltungsbereich und einen Bereich mit Vertretern der Kölner Stadtgesellschaft. Wichtig sei es, die Öffentlichkeit zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Herrn Haibach und Herrn Schöffmann und wünscht ihnen für ihre neue Aufgabe alles Gute.

RM Herr Götz meldet zu TOP 2.1 Beratungsbedarf der CDU-Fraktion an und beantragt, den TOP in die nächste Sitzung zu vertagen.

SE Frau Lange bittet, die beiden TOP 4.1.8 und 4.2.1 hinter den Vortrag unter Punkt C zu setzen, da ein thematischer Zusammenhang bestehe.

RM Herr Brust meldet zu TOP 4.1.6 Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an und beantragt, den TOP in die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Vorschläge zur aktuellen Tagesordnung finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

<sup>2</sup> Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

**A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

**B Gleichstellungsrelevante Themen**

**C Präsentation des Programms „KölnKlimaAktiv 2022“**

4.1.8 KölnKlimaAktiv 2022  
3680/2018

4.2.1 European Energy Award: Energiepolitisches Arbeitsprogramm der Stadt Köln  
3854/2018

**1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Die Linke im Ausschuss Umwelt und Grün vom 24.04.2018 (AN/0592/2018) zu den Gräbern Max Reichpietsch und Albin Köbis  
4102/2018

1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Wie kann das Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln gelöst werden?  
AN/1156/2018

1.2.1 Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln  
hier: zurückgestellte 1. Beantwortung und Auszug aus der Sitzung Umwelt und Grün vom 20.11.2018  
3084/2018

1.2.2 Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln  
hier: Beantwortung der mündlichen Nachfragen und Vorschläge von Frau Gerlach  
4044/2018

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion  
betreffend  
Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln– Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?  
AN/1310/2018

- 1.3.1 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu AN/1310/2018  
0115/2019
- 1.4 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Nachhaltigkeit bei Veranstaltungen der Stadt Köln  
AN/1836/2018
- 1.5 Anfrage der FDP-Fraktion  
betreffend  
Vermeidung von Dieselfahrverboten  
AN/1818/2018
- 1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke  
betreffend  
Kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung (AN/0523/2018)  
Nachfragen zur Beantwortung der Anfrage (VN 2592/2018)  
AN/0001/2019
- 1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
betreffend  
Umsetzung Gewerbeabfallverordnung  
AN/0018/2019
- 1.7.1 Beantwortung der Anfrage  
0346/2019
- 1.8 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Müllautomat belohnt Plastiksammler!  
AN/0046/2019
- 1.9 Anfrage der Ratsgruppe GUT  
betreffend  
Flugscham\* – Verzicht auf das Flugzeug bei städtischen Dienstreisen  
AN/0108/2019
- 1.9.1 Flugscham - Verzicht auf das Flugzeug bei städtischen Dienstreisen  
0333/2019
- 1.10 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Händlerverzeichnis der Wochenmärkte und Plastiktütenbann  
AN/0133/2019

- 1.11 Welche Möglichkeiten gibt es bereits heute, auf Kohle als Brennstoff im Kraftwerk Merkenich zu verzichten?  
Zur Anfrage AN/1319/2018: Ist Braunkohleverbrennung in Köln verzichtbar?  
Eingegangen am 13.09.2018  
AN/0141/2019

## **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

- 2.1 Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und Ratsgruppe BUNT  
Urbane Landwirtschaft in Köln – nachhaltig und ökologisch orientiert  
Nahrung und Erfahrungsraum für unsere Stadt  
AN/1785/2018  
**vertagt**
- 2.2 Antrag der Fraktion Die Linke  
betreffend  
Längeres Gedenken ermöglichen  
AN/1800/2018

## **3 Kommunalen Klimaschutz**

- 3.1 Köln gewinnt bei Bundeswettbewerb "Klimaaktive Kommune 2018"  
4088/2018

## **4 Allgemeine Beschlussvorlagen**

- 4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)
- 4.1.1 Trinkbrunnen für Köln  
2. Durchgang  
3100/2018
- 4.1.2 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel" - Starkes Köln" für den Sozialraum "Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und Eil"  
3777/2018
- 4.1.3 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück"  
3789/2018
- 4.1.4 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln  
3701/2018
- 4.1.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Änderung Abwassersatzung  
3947/2018

- 4.1.6 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019
- 4.1.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisieren des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Wichheimer Mühle, Köln-Dellbrück  
4169/2018
- 4.1.8 KölnKlimaAktiv 2022  
3680/2018  
**hinter TOP C**
- 4.1.9 Projekt OptiWohn: Quartierspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln  
2783/2018
- 4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)
  - 4.2.1 European Energy Award: Energiepolitisches Arbeitsprogramm der Stadt Köln  
3854/2018  
**hinter TOP 4.1.8**
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 5.1 Parkstadt Süd, Integrierte Planung  
hier: Ergebnis des Gesamtverfahrens Parkstadt Süd und Dokumentation  
1250/2018
- 6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Sachstand Grüne Infrastruktur Köln "Vielfalt vernetzen"  
4130/2018
- 7.2 Durchforstungsplanung 2019 zur Pflege des städtischen Waldes  
4143/2019
- 7.3 Internationale Fachtagung des "European Forum on Urban Forestry 2019"  
"Urban forests - full of energy"  
22. - 24. Mai 2019 in Köln  
4132/2018
- 7.4 Autonomes Zentrum an der Luxemburger Straße 93 - Beantwortung der Anfrage AN/0009/2019  
0140/2019

7.5 Umweltschutzpreis der Stadt Köln 2018  
0197/2019

7.6 Verbundprojekt i Resilience- soziale Innovation und intelligente Stadtinfra-  
struktur für die resiliente Stadt der Zukunft  
0146/2019

## **8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

8.1 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung Kalkberg, Sachstand  
Mündliche Anfrage der RM Frau Stahlhofen aus der Sitzung des Ausschusses  
Umwelt und Grün 20.11.2018, TOP 7.8  
0057/2019

8.2 Umweltbelastung durch Schiffe  
4119/2018

## **9 Mündliche Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

**10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

**11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

**12 Allgemeine Beschlussvorlagen**

**13 Vergaben**

**14 Mitberatung von Planungsvorlagen**

**15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

**16 Mitteilungen**

16.1 E-Tankstellen in Köln  
0051/2019

**17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

**18 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

Hierzu liegt nichts vor.

### B **Gleichstellungsrelevante Themen**

Hierzu liegt nichts vor.

### C **Präsentation des Programms „KölnKlimaAktiv 2022“**

Herr Dipl.-Geogr. Ulrich Jansen vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH und Herr Dipl.-Ing. Andreas Hübner von der Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft stellen im Rahmen einer PowerPoint Präsentation das Maßnahmenprogramm für den Klimaschutz in der Stadt Köln "KölnKlimaAktiv 2022" vor.<sup>3</sup>

Herr Jansen informiert im ersten Teil über Maßnahmen im Bereich Mobilität, nachdem er kurz Ausgangslage und Zielsetzung des Programms umschreibt.

Im zweiten Teil der Präsentation geht Herr Hübner auf den Bereich Energie ein und macht deutlich, dass Veränderungsprozesse in Gang gebracht und Synergieeffekte erreicht werden können, wenn verschiedene Themen, z. B. auf einer räumlichen Ebene in einem Quartier, kombiniert werden.

Die anstehenden Schwerpunkte für die nächsten Jahre seien im Bereich Energie die Erhöhung der Sanierungsquote im Wohngebäudebestand und die Reduktion des Stromverbrauchs im Mieterbereich.

Im Bereich Mobilität, so Herr Jansen, gehe es darum, den Umweltverbund gegenüber dem PKW-Verkehr deutlich zu priorisieren und auszuweiten.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Jansen und Herrn Hübner für den Vortrag.

Anschließend beantworten Herr Jansen und Herr Hübner Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Jansen räumt ein, dass die Einsparung von rund 11.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr durch die Maßnahmen von KölnKlimaAktiv 2022 vor dem Hintergrund der Ziele, die sich Köln gesetzt habe, recht „überschaubar“ sei. Im Fokus des aktuellen Gutachtens stünden jedoch die Umsetzungsmöglichkeiten der Klimaschutz-Koordinationsstelle. Da diese keine Fahrradwege oder Straßenbahnen baue, besitze sie auch nicht den Hebel, diese Maßnahmen in Gang zu setzen. Dies entbinde allerdings keine andere Fachabteilung der Verwaltung, den Fahrrad-, öffentlichen Personen- und Fußverkehr und alternative Antriebskonzepte zu fördern.

Hinsichtlich des auf Seite 53 angegebenen CO<sub>2</sub>-Verbrauchs pro Kopf und Jahr für Ernährung und Konsum sagt Herr Hübner eine Prüfung und Rückmeldung zu.

---

<sup>3</sup> Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau geht auf die Größe der Einsparungseffekte ein und betont zum wiederholten Mal, dass Maßnahmen von beispielloser Größe benötigt werden, wenn man die Ziele der UN-Klimakonferenz von Paris erreichen wolle. Das, was der Ausschuss Umwelt und Grün mit dem Bericht vorgelegt bekomme, reflektiere lediglich, dass man innerhalb der Verwaltung bisher überhaupt nicht stark genug aufgestellt sei, diese Maßnahmen verwaltungsintern durchzusetzen. Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft seien aufgerufen, eine gemeinsame Haltung zu einem zukunftsfähigen Klima zu entwickeln.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und die Ausführungen von Herrn Jansen und Herrn Hübner zur Kenntnis.

#### **4.1.8 KölnKlimaAktiv 2022 3680/2018**

SB Herr Becker meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und spricht sich für eine Vertagung der Vorlage aus. Er übt Kritik daran, dass nicht mit effektiven Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung begonnen werde. Als Beispiel nennt er den Anschluss der städtischen Gebäude an das Fernwärmenetz oder auch Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden.

RM Herr Brust stimmt zu, dass die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Er sei jedoch dagegen, die Vorlage zu vertagen, da die Maßnahmen für den Abschluss des European Energy Awards benötigt werden. Anschließend könne man sich Gedanken über weitere Maßnahmen machen z. B. die Verstärkung des Anschlusses an die Fernwärme. Aktuell hätten sich die Fraktionen darauf geeinigt, einen Beschluss zu fassen, die Heliosschule an die Fernwärme anzuschließen.

SB Herr Dr. Albach signalisiert ebenfalls Zustimmung zur Beschlussvorlage, da man die Maßnahmen richtig finde und eine Stärkung von Photovoltaik landesweit erreichen wolle. Darüber hinaus befürworte er auch eine räumliche Erweiterung des Smart City Konzeptes. Hinsichtlich des Ausblickes auf 2030 warne er jedoch vor Angstmacherei, die individuelle Mobilität verbiete. Dies sei für viele Familien im Außenbereich nicht umsetzbar. Im Übrigen sei die Sanierung von Altbauten auch ein soziales Thema, so dass auch das Sozialamt und der Sozialausschuss am Thema Klimaschutz zu beteiligen seien.

SE Frau Lange bemerkt kritisch, dass in Sachen Klimaschutz noch jede Menge Luft nach oben sei. Den Ausblick auf 2030 verstehe sie als einen Versuch, deutlich zu machen, dass eine Änderung der Lebensgewohnheiten notwendig sei. Dies müsse nicht schlechter, aber anders werden.

Herr Dr. Rau berichtet, dass seit über einem Jahr der Anschluss der Heliosschule an das Fernwärmenetz in Gremiensitzungen diskutiert werde, bislang ohne Einigung auf eine Lösung, da Argumente hinsichtlich der Höhe der Kosten gegen einen Anschluss sprechen. Daher begrüße er die Initiative der Politik, den Anschluss zu beschließen. Die gleiche Problematik gelte für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden.

An Herrn Dr. Albach gewandt betont er, dass der motorisierte Individualverkehr abnehmen müsse. Anders seien die Klimaschutzziele nach derzeitigem Stand nicht zu erreichen. Er stimme ihm zu, was die soziale Problematik anbelange, die dann herrsche, wenn Umweltschutz Geld koste, den sich Menschen nicht leisten können. Allerdings sei dies auch eine Sache der Politik auf Bundes- und Landesebene. Hier müsse man eine verursachergerechte CO<sub>2</sub>-Besteuerung beschließen. Solange Energie verbrauchen günstiger sei, als energetisch sanieren, sei der Anreiz falsch.

Frau Dr. Möhlendick nimmt zu den Fragen und Kritikpunkten Stellung. Sie stimme zu, dass die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale zu wenig seien, sie seien aber zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, um eine Grundlage zu erreichen. Sie führt aus, dass laut CO<sub>2</sub>-Bilanz, die in der Novembersitzung dem Ausschuss vorgestellt worden sei, die Verwaltung lediglich für 1,1 % der CO<sub>2</sub>-Emission zuständig sei. Wenn die Stadt Köln als Vorbild voran gehen wolle, müssten diese 1,1 % umgesetzt werden, was genau dieses Programm vorsehe.

Auf die Frage von RM Herrn Götz zur Finanzierung der Stellen informiert sie, dass diese mit den vorhandenen Mitteln erfolge. Derzeit seien 12,5 Stellen vorhanden. Die Koordinationsstelle leiste jedoch mehr, als das, was in KölnKlimaAktiv aufgeführt sei. Als Beispiel nennt sie Mission E, wo es um Einsparungen in städtischen Gebäuden gehe. Tatsächlich würden noch mehr Stellen benötigt. 4 weitere Stellen sollen mit den Mitteln aus dem ZEFF geschaffen werden, um die Umsetzung im Klimaschutz voran zu treiben.

Frau Dr. Möhlendick geht auf weitere Projekte, Förderprogramme und Maßnahmen ein, die in der Planung bzw. bereits in der Umsetzung seien. Man wolle mit eigenen Maßnahmen und einer Verstärkung der Angebote für Unternehmen, Bürger, Vereine und Verbände sowie weiteren Akteuren mit positivem Beispiel vorgehen. Das gelte auch für den Anschluss städtischer Gebäude an das Fernwärmenetz oder für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden.

Abschließend bittet sie die Mitglieder des Ausschusses um Zustimmung für diese Beschlussvorlage.

- Nach einer umfänglichen Diskussion über das weitere Verfahren stellt der Ausschussvorsitzende zunächst die Vertagung der Beschlussvorlage zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Beschlussvorlage in seine nächste Sitzung am 21.03.2019.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.

- Anschließend lässt er über die Beschlussvorlage abstimmen:

#### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ in der als Anlage dargestellten Fassung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der im Konzept enthaltenen Maßnahmen.

Die für diese Zwecke veranschlagten Haushaltsmittel werden im Haushaltsjahr 2019 um 400.000 € erhöht, ab dem Haushaltsjahr 2020 um jährlich 500.000 €. Die separat im Teilergebnisplan 1401 – Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen veranschlagten Mittel „Z an Zentrum für Energieeffizienz (ZEFF) zur Förderung der privaten Altbausanierung“ werden in diesem Umfang umgewidmet und bleiben damit für den vorgesehenen Zweck „Klimaschutz“ verfügbar.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion bei Enthaltung von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.

**4.2.1 European Energy Award: Energiepolitisches Arbeitsprogramm der Stadt Köln  
3854/2018**

**Beschluss:**

Der Bericht zum European Energy Award (eea) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das beiliegende Energiepolitische Arbeitsprogramm des European Energy Awards und beauftragt die Verwaltung, die jeweiligen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Köln bzw. ihrer Beteiligungen liegenden Maßnahmen des Energiepolitischen Arbeitsprogramms gemäß ihrer Priorität weiterzuverfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

**1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Die Linke im Ausschuss Umwelt und Grün vom 24.04.2018 (AN/0592/2018) zu den Grübern Max Reichpietsch und Albin Köbis  
4102/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Wie kann das Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln gelöst werden?  
AN/1156/2018**

**1.2.1 Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln  
hier: zurückgestellte 1. Beantwortung und Auszug aus der Sitzung Umwelt und Grün vom 20.11.2018  
3084/2018**

**1.2.2 Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln  
hier: Beantwortung der mündlichen Nachfragen und Vorschläge von Frau Gerlach  
4044/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der SPD-Fraktion  
betreffend  
Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln– Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?  
AN/1310/2018**

**1.3.1 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu  
AN/1310/2018  
0115/2019**

SB Herr Becker stellt richtig, dass es sich um eine Anfrage vom 13.09.2018 gehandelt habe und nicht vom 16.11.2018. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, innerhalb der nächsten drei Monate eine substantielle Antwort zu erhalten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Nachhaltigkeit bei Veranstaltungen der Stadt Köln  
AN/1836/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der FDP-Fraktion  
betreffend  
Vermeidung von Dieselfahrverboten  
AN/1818/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke  
betreffend  
Kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung (AN/0523/2018)  
Nachfragen zur Beantwortung der Anfrage (VN 2592/2018)  
AN/0001/2019**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
betreffend  
Umsetzung Gewerbeabfallverordnung  
AN/0018/2019**

**1.7.1 Beantwortung der Anfrage  
0346/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.8 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Müllautomat belohnt Plastiksammler!  
AN/0046/2019**

Die Beantwortung erfolgt im Betriebsausschuss unter TOP 1.1.

**1.9 Anfrage der Ratsgruppe GUT  
betreffend  
Flugscham\* – Verzicht auf das Flugzeug bei städtischen Dienstreisen  
AN/0108/2019**

**1.9.1 Flugscham - Verzicht auf das Flugzeug bei städtischen Dienstreisen  
0333/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.10 Anfrage der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
Händlerverzeichnis der Wochenmärkte und Plastiktütenbann  
AN/0133/2019**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.11 Welche Möglichkeiten gibt es bereits heute, auf Kohle als Brennstoff im  
Kraftwerk Merkenich zu verzichten?  
Zur Anfrage AN/1319/2018: Ist Braunkohleverbrennung in Köln verzicht-  
bar? Eingegangen am 13.09.2018  
AN/0141/2019**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

SE Frau Lange bittet um eine konstruktive Antwort, sodass man damit inhaltlich etwas anfangen könne.

**2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

**2.1 Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und Rats-  
gruppe BUNT  
Urbane Landwirtschaft in Köln – nachhaltig und ökologisch orientiert  
Nahrung und Erfahrungsraum für unsere Stadt  
AN/1785/2018**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.**

## **2.2 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend Längeres Gedenken ermöglichen AN/1800/2018**

SE Frau Lange begründet den Antrag.

SB Herr Becker signalisiert Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Punkten 1 und 2. Er beantragt, Punkt 3 zu ändern in:

1. Die Stadt Köln **prüft die Kostenübernahme** für eine Aus- und Umbettung aus einem Reihengrab, dessen Ruhezeit abläuft, in eine Wahlgrabstätte in Köln, wenn die Angehörigen für eine solche das Nutzungsrecht erwerben **und der Umbettungswunsch aus finanziellen Gründen scheitern sollte.**

Die Antrag stellende Fraktion stimmt der Änderung zu.

RM Herr Götz wendet ein, dass jeder eine Umbettung haben könne, wenn er dies wünsche. Dies sei mit Kosten verbunden, die nicht einfach von der Stadt übernommen werden können. Dass die Ruhezeiten der Reihengräber jetzt ablaufen, sei in der Friedhofskonzeption und der Gestaltung eines Friedhofs auch als Grünfläche vorgesehen. Daher passe es nicht in die Konzeption, wenn einzelne Gräber an der Stelle verbleiben sollen.

Herr Kaune informiert darüber, dass die Verwaltung bereits Punkt 3 des Antrags geprüft habe. In der Friedhofsgebührensatzung sei der Preis für eine Umbettung enthalten. Einen Ausnahmetatbestand, der es erlauben würde, aus den Gebühren diese Leistung zu finanzieren, gebe es nicht in der Satzung. Dies entspräche auch nicht der Gebührengerechtigkeit.

Er gibt im Übrigen zu bedenken, dass eine Umbettung eine unschöne Sache sei und restriktiv gehandhabt werden sollte. Sie sei mit einer enormen Belastung für die Mitarbeiter auf dem Friedhof verbunden. Die Friedhofsverwaltung berate natürlich die Angehörigen, die über die Möglichkeiten des weiteren Gedenkens informiert werden wollen.

Herr Kaune verdeutlicht, dass seit 2001 keine Reihengräber mehr angeboten werden. In wenigen Fällen haben diese Gräber eine Nutzungszeit von 30 Jahren, so dass diese Grabart im Jahr 2031 nicht mehr existiere. Derzeit gebe es noch etwa 5.000 Reihengräber. Bei ungefähr 80 % dieser Gräber laufe in den nächsten 3 Jahren die Nutzungszeit ab. Herr Kaune bittet die Antragsteller, sich vorzustellen, dass auf einer Fläche von 2.000 m<sup>2</sup> noch 2 Reihengräber erhalten werden sollen und die Wege erhalten bleiben müssten, was einen enormen Aufwand bedeute.

Nach weiterer Beratung wird beantragt, über die Punkte einzeln abzustimmen:

### **Beschluss zu Ziffer 1:**

1. Die Stadt Köln berät auf deren Wunsch die Angehörigen von Verstorbenen aus einem Reihengrab, dessen Ruhezeit abläuft, über Möglichkeiten des weiteren Gedenkens.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen von SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion.

### **Beschluss zu Ziffer 2:**

2. Die Stadt Köln prüft
  - a. im individuellen Einzelfall, ob für das bestehende Reihengrab eine Umwandlung in eine Wahlgrabstätte am alten Ort ausnahmsweise möglich ist, wenn die Angehörigen für eine solche das Nutzungsrecht erwerben.
  - b. ob die Liegezeit für einzelne oder alle betroffenen Grabfelder nicht um 10 Jahre verlängert werden kann, wenn raumplanerische oder pflegerische Gründe nicht dagegen sprechen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen von SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion.

### **Beschluss zu Ziffer 3 in der geänderten Fassung**

3. Die Stadt Köln **prüft die Kostenübernahme** für eine Aus- und Umbettung aus einem Reihengrab, dessen Ruhezeit abläuft, in eine Wahlgrabstätte in Köln, wenn die Angehörigen für eine solche das Nutzungsrecht erwerben **und der Umbettungswunsch aus finanziellen Gründen scheitern sollte.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke. Damit ist der **Antrag insgesamt abgelehnt.**

## **3 Kommunaler Klimaschutz**

### **3.1 Köln gewinnt bei Bundeswettbewerb "Klimaaktive Kommune 2018" 4088/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **4 Allgemeine Beschlussvorlagen**

### **4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)**

#### **4.1.1 Trinkbrunnen für Köln 2. Durchgang 3100/2018**

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe verweist auf seine Bitte im Stadtentwicklungsausschuss, in wieweit es möglich sei, in jedem Stadtbezirk 2 Brunnen zu realisieren.

RM Herr Götz beantragt, die Evaluationszeit auf maximal 1 Jahr zu begrenzen und bittet zu erläutern, weshalb es notwendig und zielführend sei, in Köln eigene Trinkbrunnen zu entwickeln.

RM Herr Brust verweist auf das Modell im Blücherpark und fragt, weshalb man sich nicht für dieses bewährte Modell entscheide.

SB Herr Becker signalisiert Zustimmung der SPD-Fraktion und beantragt, die Standortvorschläge der Bezirksvertretungen zu berücksichtigen.

SB Herr Dr. Albach bittet die Verwaltung um Stellungnahme zum Beschluss der BV Mülheim.

RM Frau Akbayir signalisiert ebenfalls Zustimmung der Fraktion Die Linke. Sie bittet, die Voten aller BVen abzuwarten, bis der Ausschuss Umwelt und Grün eine Beschlussempfehlung an den Rat abgibt.

RM Herr Brust wendet ein, dass es sich um Standortvorschläge der BVen handle, die nicht abgewartet werden müssen. Daher sollte über die Vorlage heute abgestimmt werden.

Frau Schinkel bestätigt dies und informiert darüber, dass die Bürgeranregung in der Sitzung der BV Innenstadt zurückgezogen worden sei.

Das Modell im Blücherpark funktioniere technisch gut. Nach einem Gespräch im Gestaltungsbeirat sei man jedoch zu der Erkenntnis gekommen, dass es nicht zahlreich aufgestellt werden sollte.

Herr Dr. Spieß geht auf die hygienischen und standörtlichen Rahmenbedingungen ein, an die die Gestaltung der Trinkbrunnen geknüpft ist. Er macht Angaben zu den Kosten, die auch die Gewährleistung des Anschlusses und Versickerung umfassen.

Zur Anlage am Wiener Platz informiert er, dass dieser Trinkbrunnen von der Öffentlichkeit stark als Mülleimer benutzt worden sei und dadurch Abflüsse verstopft waren, so dass man sich für ein anderes technisches Konzept entschlossen habe.

### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept „Zwölf Trinkbrunnen für Köln“ (Anlage 1) umzusetzen.

#### **Der Auftrag erfolgt mit den Maßgaben:**

- a. den Evaluationszeitraum auf 1 Jahr zu verkürzen und**
- b. die Standortvorschläge der Bezirksvertretungen zu berücksichtigen.**

Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2019 - die Freigabe der im HPL 2019, Teilergebnisplan 1301 - Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 253.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der RheinEnergie AG den Vertrag über die Erbringung der Dienstleistung „Trinkbrunnen für Köln“ abzuschließen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie, nach Ablauf von **einem Jahr** einen Evaluationsbericht mit einer Empfehlung zur weiteren Entwicklung des Projekts vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

#### **4.1.2 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel" - Starkes Köln" für den Sozialraum "Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil" 3777/2018**

RM Herr Götz beantragt, wie die BV Porz und der Ausschuss Soziales und Senioren abzustimmen.

SB Herr Becker spricht sich ebenfalls dafür aus.

Frau Dr. Gunia-Hennecken informiert über die Ergänzungen des Beschlusses der BV-Porz, die sich auf die Sportanlage Humboldtstraße und die Gestaltung des Bahnhofplatzes, Frankenplatzes und des Platzes an der Hohenstaufenstraße in Gremberghoven bezögen. Es würden bereits die ersten Gespräche mit den entsprechenden Fachämtern geführt.

#### **geänderter Beschluss (wie BV Porz und Ausschuss Soziales und Senioren)**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von ca. 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von ca. 100.000 € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
  - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Porz vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
  - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen.

4. Die Bezirksvertretung Porz bittet den Rat, bei der Umsetzung des Konzepts die folgenden Punkte zu beschließen:

*Anlage 2 ISEK Porz Fink Eil Laufende Nr. 2.11.5 Handlungsfeld Öffentlicher Raum  
Maßnahme „Generalsanierung Sportanlage Humboldtstraße“*

*Ob die bestehende Kampfbahn Typ B mit Tennengroßspielfeld im Zuge der Bau-  
maßnahme in Naturrasen oder Kunstrasen neu hergestellt wird, ist kurzfristig mit  
den Vereinen und den Schulen zu klären, nach Möglichkeit bis zur letzten Ratssit-  
zung. Die Bezirksvertretung Porz ist in der nächsten Sitzung darüber zu informieren.*

5. Anlage 1 wird wie folgt ergänzt:

- 1. Freiraumplanerische Gestaltung des Bahnhofplatzes, Frankenplatzes und des  
Platzes an der Hohenstufenstraße in Gremberghoven sowie*
- 2. Verbesserung und Gestaltung des Straßenraums Bahnhofplatz / Franken-  
platz/Hohenstufenstraße und Verringerung des Emissionsverhaltens durch  
Optimierung der gründerzeitlichen Straßenzüge unter ästhetischen und Immis-  
sionsrelevanten Faktoren.*

*Beschluss-Entwurf:*

<b>Laufende Nummer</b> <b>x.x.x</b>	<b>Handlungsfeld: Stärkung des öffentlichen Raums</b>
<b>Maßnahme</b>	<b>„Neue Plätze für die Eisenbahnersiedlung Gremberghoven“</b> <b>Freiraumplanerische Gestaltung einer multifunktionalen Stadtplatz- und Freiraumsequenz</b>
<b>Inhalt</b>	<b>Ausgangslage</b> <i>Die „Eisenbahnersiedlung“ in Köln-Porz-Gremberghoven wurde in mehreren Bauabschnitten für Beamte und Angestellte der Reichsbahn in den Jahren 1919 bis 1929 erbaut. Wichtige Elemente der Siedlung sind die bogenförmigen Gebäudespannen sowie die großzügigen Grünanlagen und Hausgärten, die die Verbindung zum städtebaulichen Leitbild der Gartenstadt erkennen lassen. Neben den Grünanlagen sind es viele Platzsituationen und Fußwegeverbindungen, die den Charakter der symmetrisch aufgebauten Siedlung mit ihren beiden Ausläufern Hohenstufenstraße und Frankenplatz definieren. Die Siedlung wird dem späthistorischen Heimatstil zugeordnet und steht unter Denkmalschutz. Bestandteil der städtebaulichen Konzeption ist eine charakteristische dreiteilige Platzsequenz am Bahnhofplatz, am Frankenplatz und an der Hohenstufenstraße</i> <b>Projektbeschreibung</b> <i>Die drei öffentlichen Plätze Bahnhofplatz, Frankenplatz und der Platz an der Hohenstufenstraße spiegeln den Leitgedanken der Gartenstadt verbunden mit der städtebaulichen Figur wider.</i> <i>Der Bahnhofplatz befindet sich am mittleren Ortseingang</i>

der „Eisenbahnersiedlung“ und wird durch eine Straße im südlichen Bereich flankiert. Hauptnutzung stellt eine stellplatzorientierte Ausrichtung dar. Der Frankenplatz liegt innerhalb einer hofartigen Bebauungsstruktur und wird durch eine Straße im südlichen Bereich begrenzt. Der kleine Platz an der Hohenstauferstraße liegt innerhalb einer hofartigen Bebauungsstruktur und wird durch eine Straße im östlichen Bereich gefasst. Diese beiden Grünflächen sind ungestaltet und weisen ebenfalls eine abgängige Bausubstanz auf. Ziel der Maßnahme ist es, das ungenutzte Potential als zentrale Stadtplätze im historischen Kontext zu heben und unter zeitgemäßen und bürgerorientierten Anforderungen nutzbar zu machen. Aufgrund einer im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens durchgeführten Bürgerbeteiligung am 19.10.2017 in der Turnhalle der Gemeinschaftsgrundschule "Friedrich List", konnten erste Bürgerwünsche betreffend des Planungsraums „Eisenbahnersiedlung“ geäußert werden. Demnach besteht das Bedürfnis, die Aufenthaltsqualität und das Angebot an Begegnungsstätten sowie Spiel- und Grünflächen im öffentlichen Raum zu stärken und zu qualifizieren. Die Grundsatzaussagen aus der Bürgerbeteiligung zum Bauleitplanverfahren sollen im Rahmen eines Bürgerworkshops mit den Anwohnern und Interessierten vertieft werden.

Ausgehend von drei Gestaltungsvarianten pro Platz ist beabsichtigt, repräsentative Stadtplätze mit unterschiedlichen Nutzungsarten zu etablieren. Hierbei sind folgende Funktionen zu berücksichtigen:

- Mehrfachnutzung und Multifunktionalität hinsichtlich der Parkraummöglichkeiten, als Stadtplatz und Veranstaltungsort,
- Gärtnerische Gestaltung und Installation von Aufenthaltsmöglichkeiten,
- Berücksichtigung von klimawandelfolgenrelevanten Aspekten (Starkregenvorsorge, Überhitzung etc.)
- Barrierefreiheit,
- Erschließungsfunktion zu den Wohnungen,
- Schaffung von Spielmöglichkeiten.

#### **Aktivierung und Beteiligung im Quartier**

Grundlage für Erarbeitung der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) ist ein Bürgerworkshop, der anhand von drei Handskizzen je Platz einen moderierten Zielfindungsprozess ermöglicht.

Zielgruppe

Kleinkinder, Jugend, Senioren, Anwohner, Besucher

**Ziele**

*Querschnittsziel*

- Verbesserte Teilhabe und Mitwirkung*

*Operative Ziele*

- Stärker unterstützte und entwickelte Wohnadressen*
- Verbesserte Aktivierung der Mieter am Wohnort*
- Ordnung und Verbesserung des öffentlichen Raums*

*Projektziele*

- Ziel ist es, neben der Transformation einer 100 Jahre alten Siedlungskultur in die Neuzeit, die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Eisenbahnersiedlung zu sichern und zu entwickeln.*

**Indikatoren**

- *Steigerung der Aufenthaltsdauer im öffentliche Raum*
- *Verbesserung der sozialen Kontrolle durch eine gesteigertes Pflichtbewusstsein der Anwohner*
- *Stärkung des Ortsbildes*
- *Ordnung der Gewichtung der Stellplatzfunktion*
- *Mehrfachnutzung und Multifunktionalität von Flächen*

**Kosten**

*Bahnhofsplatz (790 m<sup>2</sup>):*

*Baukosten: 300.000 EUR*

*Planungshonorar: 40.000 EUR*

- 340.000 EUR**

*Frankenplatz (500m<sup>2</sup>):*

*Baukosten: 180.000 EUR*

*Planungshonorar: 22.000 EUR*

- 202.000 EUR**

*Platz an der Hohenstufenstraße (370 m<sup>2</sup>)*

*Baukosten: 140.000 EUR*

*Planungshonorar: 16.000 EUR*

- 156.000 EUR**

*Bürgerworkshop (inkl. besondere Leistungen): 50.000 EUR*

**Gesamt: 748.000 EUR**

**Projektlaufzeit / Zeitraum**

*2021-2024*

**Projektverantwortlicher**

*61,66,48,67, 512, StEB,*

**Förderung**

*80%*

**Laufende Nummer  
x.x.x**

**Handlungsfeld: Verbesserung und Gestaltung des Straßenraums und Verringerung des Emissionsverhaltens**

Maßnahme

**„Neugestaltung des Straßenraums Bahnhofplatz / Frankenplatz / Hohenstaufenstraße“**

**Optimierung der gründerzeitlichen Straßenzüge unter ästhetischen und Immissionsrelevanten Faktoren.**

Inhalt

**Ausgangslage**

Die „Eisenbahnersiedlung“ wurde in mehreren Bauabschnitten für Beamte und Angestellte der Reichsbahn in den Jahren 1919 bis 1929 erbaut. Die Siedlung wird dem späthistorischen Heimatstil zugeordnet und steht unter Denkmalschutz. Wichtige Elemente der Siedlung sind die bogenförmigen Gebäudespannen sowie die großzügigen Grünanlagen und Hausgärten, die die Verbindung zum städtebaulichen Leitbild der Gartenstadt erkennen lassen. Neben den Grünanlagen sind es viele Platzsituationen und Fußwegeverbindungen, die den Charakter der symmetrisch aufgebauten Siedlung mit ihren beiden Ausläufern Hohenstaufenstraße und Frankenplatz definieren. Diese bilden zusammen mit dem Straßenzug Bahnhofplatz das interne öffentliche Erschließungsrückrad für den südlichen Siedlungsbereich, welches gleichzeitig als ÖPNV-Trasse für das Busnetz fungiert. Der Straßenquerschnitt geht aus den damaligen mobilitätsrelevanten Erfordernissen hervor. Die Häuser stehen unmittelbar an der Straßenraumbegrenzungslinie. Aufgrund der Bauweise und der Nähe zur Straße sind die Anwohner durch den Auto- und Busverkehr Emissionen ausgesetzt (Lärm, Erschütterung etc.). Hinzu kommt, dass es während der Errichtungsphase der Wohnsiedlung naturgemäß kein Erfordernis gab, einen Stellplatznachweis auf dem Baugrundstück zu führen. Im Ergebnis ist der vorhandene Straßenraum für die erforderlichen Anforderungen (Fahrbahn, ÖPNV-Trasse, Parken, Gehweg, Fahrrad etc.) zu gering dimensioniert und in seiner baulichen Substanz stark abgängig.

**Projektbeschreibung**

Der ca. 7.100 m<sup>2</sup> umfassende Raum entlang der Straßenzüge Bahnhofplatz, Frankenplatz und Hohenstaufenstraße übernimmt gestalterisch und funktional eine elementare Rolle. Die Fläche ist ungestaltet und weist eine abgängige Bausubstanz auf. Ziel der Maßnahme ist es, das ungenutzte Potential als Mobilitätsachse im historischen Kontext zu heben und unter zeitgemäßen und bürgerorientierten Anforderungen nutzbar zu machen. Aufgrund einer im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens durchgeführten Bürgerbeteiligung am 19.10.2017 in der Turnhalle der Gemeinschaftsgrundschule "Friedrich List", konnten erste Bürgerwünsche betreffend des Planungsraums „Eisenbahnersiedlung“ geäußert werden. Demnach besteht das Bedürfnis, den Straßenraum zu ordnen, die Aufenthaltsqualität zu stärken und die wohnbeeinträchtigenden Eigenschaften der Straße zu mindern. Die Grundsatzaussagen aus der Bürgerbeteiligung zum Bauleitplanverfahren sollen im Rahmen eines Bürgerworkshops mit den Anwohnern und Interessierten vertieft werden. Ausge-

	<p><i>hend von drei Gestaltungsvarianten ist beabsichtigt, eine neue Straßenraumsequenz zu etablieren. Hierbei sind folgende Funktionen zu berücksichtigen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Erschließungsfunktion zu den Wohnungen,</li><li>- Schutz und Berücksichtigung der denkmalwerten Bäume,</li><li>- Verminderung von Lärm und Erschütterungen,</li><li>- Berücksichtigung von klimawandelfolgenrelevanten Aspekten (Starkregenvorsorge, Überhitzung etc.)</li><li>- Zonierung und Hierarchisierung des Straßenraums bzgl. der relevanten Verkehrsteilnehmer,</li><li>- Barrierefreiheit.</li></ul> <p><i>Aktivierung und Beteiligung im Quartier</i></p> <p><i>Grundlage für Erarbeitung der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) ist ein Bürgerworkshop, der anhand von drei Handzeichnungen einen moderierten Zielfindungsprozess ermöglicht.</i></p>
<i>Zielgruppe</i>	<i>Verkehrsteilnehmer, Anwohner, Besucher, alle Altersgruppen</i>
<i>Ziele</i>	<p><i>Querschnittsziel</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> <i>Verbesserte Teilhabe und Mitwirkung</i></li></ul> <p><i>Operative Ziele</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> <i>Stärker unterstützte und entwickelte Wohnadressen</i></li><li><input type="checkbox"/> <i>Verbesserte Aktivierung der Mieter am Wohnort</i></li></ul> <p><i>Projektziele</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> <i>Ziel ist es, neben der Transformation einer 100 Jahre alten Siedlungskultur in die Neuzeit, die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Eisenbahnersiedlung zu sichern und zu entwickeln sowie die Wohnqualität zu steigern.</i></li></ul>
<i>Indikatoren</i>	<ul style="list-style-type: none"><li>- <i>Verringerung des Emissionsverhaltens</i></li><li>- <i>Erhöhte Verkehrssicherheit</i></li><li>- <i>Bessere Orientierung</i></li><li>- <i>Verbesserung der sozialen Kontrolle durch eine gesteigertes Pflichtbewusstsein der Anwohner</i></li><li>- <i>Stärkung des Ortsbildes</i></li></ul>
<i>Kosten</i>	<p><i>Baukosten: 1.800.000 EUR</i></p> <p><i>Planungshonorar: 190.000 EUR</i></p> <p><i>Bürgerworkshop (inkl. bes. Leistungen): 10.000 EUR</i></p> <p><b><i>GESAMT: 1.900.000 EUR</i></b></p>
<i>Projektlaufzeit / Zeitraum</i>	<i>2021-2024</i>
<i>Projektverantwortlicher</i>	<i>61,66,48,62,StEB</i>
<i>Förderung</i>	<i>80 %</i>
<b><i>Abstimmungsergebnis:</i></b>	
<b><i>Einstimmig zugestimmt</i></b>	

#### **4.1.3 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück" 3789/2018**

SB Herr Becker bittet die Verwaltung, die noch zu treffende Beschlussanregung der BV Kalk ebenfalls zu berücksichtigen.

##### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von circa 4 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand in den Haushaltsjahren nach 2022 in Höhe von circa 3,1 Mio. € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“,
  - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren,
  - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.1.4 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln 3701/2018**

##### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH (AWB) den in der Anlage beigefügten „Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln“ abzuschließen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.1.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Änderung Abwassersatzung 3947/2018**

##### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Abwassersatzung in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung der 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung - zu.

##### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.1.6 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln 0149/2019**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.**

#### **4.1.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisieren des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Wichheimer Mühle, Köln-Dellbrück 4169/2018**

SB Herr Dr. Albach bemerkt, dass die BV Mülheim die Vorlage zurückgestellt habe. Am 07.02.2019 gebe es einen Ortstermin. Er schlägt vor, diese Vorlage zurückzustellen und zusammen mit der Vorlage zur Strunder Mühle (4167/2018) zu beraten, da sie konzeptionell zusammen passten.

Die Verwaltung hat keine Einwände gegen den Vorschlag.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**4.1.8 KölnKlimaAktiv 2022  
3680/2018  
s. unter TOP C**

**4.1.9 Projekt OptiWohn: Quartiersspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln  
2783/2018**

**Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:*

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das dreijährige Projekt „OptiWohn“ (01.03.2019 – 28.02.2022) unter dem Vorbehalt der Projektförderung (100% Förderung) aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchzuführen. Hierzu wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die notwendigen Verträge zu unterzeichnen.
2. Der Rat beschließt zur Realisierung des Projektes befristet vom 01.01.2020 bis 28.02.2022 die Einrichtung einer 0,5 Stelle (voraussichtlich Architektur) zum Stellenplan 2020 beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt, Koordinationsstelle Klimaschutz.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in den Teilplanzeilen: 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen, 11 Personalaufwendungen und 16 sonstige ordentliche Aufwendungen, zu veranschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)**

**4.2.1 European Energy Award: Energiepolitisches Arbeitsprogramm der Stadt Köln  
3854/2018  
s. unter TOP 4.1.8**

## **5 Mitberatung von Planungsvorlagen**

### **5.1 Parkstadt Süd, Integrierte Planung hier: Ergebnis des Gesamtverfahrens Parkstadt Süd und Dokumentation 1250/2018**

#### **Beschluss:**

*Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:*

1. Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt den in Anlage 1 beigefügten integrierten Plan Parkstadt Süd, einschließlich der dazugehörigen Erläuterungen und Testentwürfe als städtebauliches Konzept gemäß §1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als Grundlage für die weitere Bauleitplanung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung des integrierten Plans notwendigen Bauleitplanverfahren in die Wege zu leiten bzw. fortzuführen (Änderung des Regionalplans und des Flächennutzungsplans sowie Aufstellung von Bebauungsplänen).
3. Die Qualität der Planungen für Hochbau und die öffentlichen Räume soll durch geeignete Qualifizierungsverfahren gesichert werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Begleitgremium - analog der Lenkungsgruppe Masterplan - einzurichten, und eine kontinuierliche Begleitung bei der Umsetzung zu sichern
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den integrierten Plan der Öffentlichkeit vorzustellen und Anregungen und Ergänzungen einzuholen.
6. Ergänzung nach durchgeführter öffentlicher Präsentation der aktuellen Planung am 19.11.2018

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt nach der durchgeführten öffentlichen Präsentation der aktuellen Planung am 19.11.2018 die Erarbeitung eines Quartiershandbuchs zur Qualitätssicherung der Planungsinhalte zu beauftragen, Finanzmittel im Haushalt bereitzustellen und das Ergebnis den Gremien des Rates zum Beschluss vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Hierzu liegt nichts vor.

## **7 Mitteilungen**

### **7.1 Sachstand Grüne Infrastruktur Köln "Vielfalt vernetzen" 4130/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.2 Durchforstungsplanung 2019 zur Pflege des städtischen Waldes 4143/2019**

SB Herr Schallehn bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann wurde die jeweilige Fläche zum letzten Mal durchforstet? Dies sei interessant, um eine FSC-Bewertung vornehmen zu können.
2. Wieviel Festmeter wurden entnommen?
3. Handelte es sich um eine Holzentnahme oder eine Verkehrssicherungsmaßnahme?
4. Wieviel Biotop-Bäume stehen auf der jeweiligen Fläche?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.3 Internationale Fachtagung des "European Forum on Urban Forestry 2019" "Urban forests - full of energy" 22. - 24. Mai 2019 in Köln 4132/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.4 Autonomes Zentrum an der Luxemburger Straße 93 - Beantwortung der Anfrage AN/0009/2019 0140/2019**

SB Herr Dr. Albach fragt nach dem aktuellen Stand der Planungsumsetzung bzw. ob mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Gespräch geführt werden konnte.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass Anfang Dezember nochmal zu einer Veranstaltung eingeladen worden sei. Diese sei ebenfalls vom Autonomen Zentrum gestört worden. Dennoch habe nach der Räumung des Raumes eine sehr intensive und produktive Bürgerbeteiligung vor dem Gebäude stattgefunden. Dies sei auch dokumentiert worden und man gehe davon aus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ausreichend haben artikulieren können.

Die Anregungen habe man dem Büro an die Hand gegeben. Jetzt müsse ein Vergabeverfahren durchgeführt werden, welches Anfang April beendet sein werde. Dann könne die Verwaltung den endgültigen Siegerentwurf dem Ausschuss vorstellen. Anschließend werde mit den Planungen begonnen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Bauer und die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.5 Umweltschutzpreis der Stadt Köln 2018 0197/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.6 Verbundprojekt i Resilience- soziale Innovation und intelligente Stadtinfrastruktur für die resiliente Stadt der Zukunft 0146/2019**

SB Herr Becker fragt, wie groß die Zielgruppe sei, die mit diesem Projekt erreicht werden könne und wie es nach 3 Jahren weitergehe.

Herr Peschen weist darauf hin, dass es sich um ein Pilotprojekt handle, dass man, ebenso wie das Hitzewarn- und Kontrollsystem, zusammen mit den StEB durchführe. Man habe sich mit Deutz einen Stadtteil im Wandel ausgesucht, in dem es noch viele „Alteingesessene“ gebe, aber bereits ein Bevölkerungsumbruch stattfindet. Man wolle herausfinden, wie man einen Stadtteil mit einer unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur für ein derartiges Thema gewinnen könne.

Nach den drei Jahren werde man die gewonnenen Erkenntnisse für das weitere Vorgehen nutzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen und die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **8.1 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung Kalkberg, Sachstand Mündliche Anfrage der RM Frau Stahlhofen aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün 20.11.2018, TOP 7.8 0057/2019**

RM Frau Akbayir dankt für die Beantwortung. Sie stellt 2 Nachfragen.

Sie möchte wissen, ob bei den derzeitigen Arbeiten berücksichtigt werde, dass die Stelzen der Autobahn in absehbarer Zukunft saniert werden müssen und ob die Betonstützen derzeit vor Kontakt mit kontaminiertem Aushub geschützt seien.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **8.2 Umweltbelastung durch Schiffe 4119/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **9 Mündliche Anfragen**

### **9.1 Anfrage von Herrn Schallehn betreffend Baumkataster der Straßenbäume**

SB Herr Schallehn fragt nach dem Sachstand des Baumkatasters für Straßenbäume.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass ein europaweites Vergabeverfahren durchgeführt worden sei. Ende 2018 wurde der Zuschlag erteilt, so dass man davon ausgehe, dass im März / April den Mitarbeitenden des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen eine Testversion zur Verfügung gestellt und der Echtbetrieb getestet werden könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

gez. Rafael Christof Struwe  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)